

bevorzugten Anspruch des Staates auf die Kriegsgewinnsteuer voll und ganz anerkenne. Das ist richtig. Es wurde aber, was ich auch feststelle, mir überlassen, mich dem zu akkommodieren oder den Antrag, den ich vorgelegt habe, auch im Ausschuß zu vertreten. Ich habe mich zu letzterem entschlossen und einleitend als Grund hervorgehoben, daß es nach meiner Empfindung nicht der Würde der Städte und dem Ernste der Zeit entsprechen würde, wenn wir nicht voll und ganz dem bevorzugten Anspruch des Staates auch auf diese Steuer anerkennen würden. Aus dem gleichen Grunde habe ich mich nicht dazu bequemen können, die Fassung bezüglich der Zuweisung eines angemessenen Teiles aus dem Ertrag der Kriegsgewinnsteuer an die Gemeinden zu ändern. Ich erwarte von der Regierung, daß sie bei den Zuweisungen mit dem größten Wohlwollen vorgehen und sie nach Möglichkeit den Auslagen der Gemeinden anpassen wird. Ich bemerke aber — das ist meine persönliche Anschauung — daß die Erwartung, es würden oder könnten uns die gesamten sogenannten Kriegsauslagen durch diese Zuweisungen ersetzt werden, illusorisch ist. Ich würde das nicht einmal ganz gerechtfertigt finden, denn auch der Staat bekommt seine Auslagen nicht voll rückerstattet, der einzelne Privatmann auch nicht. Ich verweise darauf, daß viele durch den Krieg geschädigt wurden. Namentlich die Festbesoldeten sind geschädigt, denn sie bekommen keinen Ersatz. Auch die Gemeinden werden nur auf einen teilweisen Ersatz ihrer Leistungen rechnen können.

In meinem Antrage ist im Zusammenhang mit dem Ertrag der Kriegszuwachsteuer nicht der Ausdruck „Kriegsauslagen“ gebraucht, sondern es heißt „für ihre a. o. Leistungen“. Diese allgemeine Fassung wurde absichtlich angewendet, weil man da alles das unterstellen kann, was die Gemeinden an Kosten, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, gehabt haben. Ob diese Kosten nun die Gesundheitspflege, die Armenfürsorge, oder einen anderen Gemeindeverwaltungszweig betreffen, ist ganz gleichgültig. Ich glaube, daß nach dieser Richtung, mit Grund ein Anstand nicht erhoben werden kann.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Antrag des Referenten liegen zwei Gegen-Anträge des Magistrats-Direktors Dr. Ringelhaan vor. Der erste Gegen-Antrag betrifft die prinzipielle Stellungnahme des Städtebundes zur Kriegsgewinnsteuer und wird in folgender Fassung zur Genehmigung empfohlen: „Der Städtebund verkennt nicht die Berechtigung des Staates zur Einhebung der Kriegsgewinnsteuer“.

Ich bitte die Herren, welche mit dieser Fassung einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n .**

Der zweite Gegen-Antrag geht dahin, daß er im Gegensatz zum Referat nicht eine „angemessene“ Vergütung der a. o. Auslagen der Gemeinden beantragen will, sondern kurz sagt:

„Der Städtebund erwartet, daß den Gemeinden aus der Kriegsgewinnsteuer die nachgewiesenen Kriegsauslagen ersetzt werden.“

(Zu Dr. Ringelhaan gewendet:) Sind Sie einverstanden, Herr Magistrats-Direktor?

Magistrats-Direktor Dr. Ringelhaan: Ja!

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Dann bitte ich jene Herren, die mit diesem Gegen-Antrag einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist abermals die Majorität.

Damit ist die Sache erledigt und die Tagesordnung erschöpft.

Der Herr Bürgermeister Taschek hat noch das Wort.

Bürgermeister Taschek: Es ist nicht meine Absicht, die ganze Angelegenheit der Vermahlung, die Art und Weise, wie die Bevölkerung jetzt mit Mehl versorgt werden soll, welche Qualität dieses haben soll, ob es gut oder schlecht sein wird u. s. w. vorzubringen. Ich möchte aber die geehrten Herren bitten, darüber in den Mehlschleifstellen ihrer Städte Nachfrage zu halten, ob die Bevölkerung gegen das jetzige Mehl, in welchem ein gewisser Prozentsatz Kleie mitvermahlen ist, Stellung nimmt, oder ob sie nicht mehr durch ein Mehl befriedigt werden würde, in welchem keine Kleie zur Vermahlung kommt. Wenn das der Fall wäre, dann hätte es zur Folge, daß eine gewisse andere Kalkulation hinsichtlich des Mehles stattfinden müßte.

Ich habe die Sache vorgebracht und Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister hat die Güte gehabt, zu sagen, daß er sich die Angelegenheit überlegen werde, auch hat er gemeint, daß dann etwas zu wenig Brotmehl zur Erzeugung gelangen würde. Es würde dann mehr Kochmehl und Kleie, aber weniger Brotmehl erzeugt werden und infolgedessen würde eine gewisse Not in Brotmehl eintreten. (Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bitte Ihren Vermahlungsvorschlag vorzubringen!)

Jetzt haben wir 3 Prozent Grieß, 22 Prozent Kochmehl und 27 Prozent Brotmehl. Der neue Vorschlag würde lauten: 3 Prozent Grieß, 37 Prozent Weizenkochmehl, 38 Prozent Brotmehl und 19 Prozent Kleie. Der Antrag ist mir vom Leiter unseres Mehllantes, einem sehr gewandten Mann, der die Verhältnisse gut kennt, mitgegeben worden.

In Budweis wurde von ihm der Versuch gemacht, festzustellen, ob sich die Bevölkerung einen sehr großen Abzug vom derzeitigen Mehlbezug gefallen ließe, wenn sie eine bessere Qualität erhielte. Man hat zu diesem Behufe den Abnehmern gesagt: Du hast eine Brotkarte auf 1 kg 40 dg Mehl lautend, auf diese Karte kannst Du entweder Brotmehl oder das gewisse mit Kleie vermahlte Mehl bekommen, oder aber Du bekommst nur die Hälfte Ruller- und Einsermehl. Was ist Dir lieber? Da hat sich nun herausgestellt, daß 80 Prozent der Bevölkerung Nr. 0 oder Nr. 1 nehmen würden. (Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Das ist psychologisch begreiflich!)

Der Vorschlag, den mir unser Mehllantsleiter machte, geht nun dahin, daß man der Bevölkerung die Freiheit läßt, entweder auf die Brotkarte 1 kg 40 dg des Brotmehls oder 1 kg 10 dg des besseren Mehls zu beziehen. Ich will damit keine große Debatte angeknüpft haben, glaube aber, daß diese Idee einer Erwägung wert sei. Freilich, wenn es mit der Kalkulation so stimmt, wie Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister gesagt hat, würden wir tatsächlich mit dem Brotmehl in Verlegenheit kommen. Dann ist die Sache nicht zu machen. Das wollte ich also nur vorbringen.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich kann nur wiederholen, was ich schon in der Geschäftsleitungs-Sitzung gesagt habe. Nach unseren Erfahrungen kommen wir mit 38 Prozent absolut nicht aus, umsoweniger, als die Roggenlieferung in der letzten Zeit bedeutend nachgelassen hat und wir in Gefahr sind, in der nächsten Zeit überhaupt kein Roggenmehl zur Brot-Erzeugung zu haben und daß wir dann gezwungen